Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Angehörigen Info

C 10190 D 22. 4. 1993 Preis: 1,20 DM **117**

Pressekonferenz in Bonn vom 14. 4. 1993

TeilnehmerInnen:
Silja Funke, Vertreterin der Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen; Gisela Dutzi, ehemalige Gefangene aus der RAF; Christa Klar, Mutter von Christian Klar; Gerd Klusmeyer, Anwalt von Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand; Gila Pohl, Ehefrau von Helmut Pohl.

In der Einladung zur Pressekonferenz heißt es:
Nach dem Angriff der RAF auf die Haftanstalt in Weiterstadt ist auch die Situation der politischen Gefangenen wieder Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden.
Wir werden Stellung nehmen
zu den aktuellen staatlichen Verlautbarungen bezüglich der Gefangenen
und
zu 22 Jahren Sonderhaftbedingungen und der Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen."

Einleitung von Gila Pohl

Weshalb machen wir die Pressekonferenz?
Nach Weiterstadt verfolgt der Staat weiter die Linie der Unterdrückung der Tatsachen um die Haftbedingungen der Gefangenen aus RAF und Widerstand. Darin drückt sich die Absicht aus, daß er sein Programm, die Gefangenen zu zerstören und zum Gegenstand von Machtexekution zu machen, weiterfahren will.

Der Staat bedient sich dabei der Presse, die sich durch kritiklose Übernahme staatlicher Vorgaben auszeichnet und gebetsmühlenartig nachplappert.

Generalbundesanwalt von Stahl fordert nach dem Angriff auf die JVA Weiterstadt, den „Mythos der Gefangenen"-RAF-Mitglieder zu entmythologisieren, und behauptet schamlos und wider besseres Wissen, die Gefangenen seien „eben nicht in Isolationshaft".

Diese Ausführungen von Herrn v. Stahl beweisen in aller Deutlichkeit die Uneinsichtigkeit des Staates und eben nicht die Uneinsichtigkeit der Gefangenen, wie in den Medien gegenwärtig propagiert wird. Der Staat wird nur aus der *Konfrontation um die Gefangenen* herauskommen, wenn er die Forderung nach Freilassung erfüllt.

Beitrag von Gisela Dutzi

Ich werde mit der Hauptsache beginnen:

Wir fordern die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen!

Die Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung der langandauernden Vernichtungshaft kann nur in Freiheit erfolgen.

Die Begründung der Forderung nach Freilassung der Gefangenen setzt sich aus 3 Strängen zusammen:

1. die 23 Jahre langen Sonderhaftbedingungen;
2. die Legitimität des Kampfes, für den die Gefangenen im Knast sind. Die 20jährige Kampfgeschichte (der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand) hat sich genau gegen *die* Entwicklung gerichtet, die heute eingetreten ist: grenzenlose Expansion des Kapitals, das Elend, Zerstörung, Kriege, Hunger ... produziert;
3. *der Teil* der Konfrontation *um* die Gefangenen, den es seit 23 Jahren gibt, wird mit ihrer Freiheit beendet sein.

Sie wird weitergehen, der Staat wird das Problem nicht loswerden, solange er die politischen Gefangenen im Knast behält.

In den jetzt 23 Jahren, seit es politische Gefangene aus der RAF und dem Widerstand gibt, wurde bei 1000 Anlässen die Behauptung aufgestellt, es gäbe keine Sonderhaftbedingungen.
Und wenn es jetzt zum 1001. Mal gesagt wird, wird dies auch nicht wahrer dadurch, werden wir immer noch nicht aufhören, von dem zu reden, was Tatsachen sind und über die Konsequenzen, die daraus gezogen werden müssen.

Es ist schon unverfroren, wenn Innenminister Seiters sich heute wieder hinstellt und tönt:
„Sonderrechte und Sonderbehandlung wird und kann es nicht geben." Die Seiters unterstellte Behörde, das Bundeskriminalamt, hat Aktenschränke voll Unterlagen der „Häftlingsüberwachungsgruppe", die die Bedingungen der politischen Gefangenen nach Maßstäben festlegt, um konkret ihre politische Identität zu brechen, sie zu vernichten und um überhaupt den revolutionären Kampf zu beenden.
Mit dieser Zielrichtung wurden seit Beginn der 70er Jahre die Bedingungen der Gefangenen bestimmt.

Im April 1991 wurde die Koordinationsgruppe Terrorismus (KGT) eingerichtet. Seiters brüstet sich damit, in seinem Wohnzimmer sei die Gründungssitzung gewesen. Sie trifft sich wöchentlich unter anderem zur Effektivierung der Bekämpfung der Gefangenen. In ihr wird jede Lebensäußerung von Gefangenen aus bespitzelten Besuchen, Briefen durchleuchtet, ausgewertet und Politik damit gemacht.

Die Einrichtung dieser Sonderorgane und ihre Zielsetzung — wenn das nicht als Sonderbehandlung definiert wird, dann heißt das nur, daß der permanente Ausnahmezustand gegen die politischen Gefangenen und gegen jede Fundamentalopposition Normalzustand ist.

Wir haben es auch satt, über Jahrzehnte vom selben zu reden.
Dies müßte nicht unser Job sein, wenn es diese unabhängige Presse gäbe, von der so oft die Rede ist.
Alltäglich ist die Betätigung der Presse für den Staatsschutz, die unkommentiert und unreflektiert Lügen abdruckt, die zur Manipulation der Öffentlichkeit von Politikern in die Welt gesetzt werden. Die systemimmanenten „Werte" Konkurrenz, Karriere ... Interessen der Macht werden natürlich auch da re-

Aus dem Inhalt

produziert.

Im Gegensatz dazu wäre es Aufgabe der Presse zu fordern, daß die Unterlagen, die die permanenten Sonderbedingungen gegen die politischen Gefangenen dokumentieren, offengelegt werden, aus den Aktenschränken des BKA, aus den Protokollen der KGT usw. . . .

Wenn Generalbundesanwalt von Stahl jetzt wieder sagt:

„Jeder Gefangene kann im Normalvollzug sein, wenn er will", dann meint von Stahl jeden, der den Kniefall vor der Macht des Staates macht, der verrät, denunziert. Das ist seine Message damit: „Wenn wir euch geschluckt haben, bekommt ihr die Belohnung."

Mal ganz abgesehen davon, wie dieser Normalvollzug aussieht und was er an täglicher Zerstörung an allen Gefangenen produziert.

Wir reden von Tatsachen, von dem, was wir erlebt haben.

Normalvollzug für politische Gefangene heißt:
bis jetzt 23 Jahre Einzel- und Kleingruppenisolation,
heißt mehrere tote Gefangene,
heißt Schlingen zum Aufhängen vor dem Zellentürfenster, wie 77
heißt Kommunikationsverbot und Kontaktsperre,
heißt jahrelange Kommunikation durch geschlossene Türen, wie wir es in Frankfurt-Preungesheim erlebt haben,
heißt heute noch Trennscheibe bei Besuchen bei Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, Manuela Happe,
heißt polizeiliche Ausforschung, Überwachung und Kontrolle jeder Lebensäußerung . . .

Zu diesem Normalvollzug gehört auch die Hetze gegen die Gefangenen, um ihre Vernichtung zu legitimieren: „Hardliner".

Die ganze letzte Zeit wurden Helmut Pohl, Brigitte Mohnhaupt, Eva Haule und Christian Klar, seit neuestem auch wieder Knut Folkerts, Karl-Heinz Dellwo und Lutz Taufer als solche bezeichnet. Dahinter steckt die uralte Herrschaftsmaxime: „spalten, differenzieren, eliminieren".

Dazu ist zu sagen:

Es gibt keine harten und weichen Gefangenen. Die Gefangenen kämpfen um ihre politische Identität und ihr Leben, was eins ist, und das in einem kollektiven Prozeß, soweit er unter den Bedingungen der Haft möglich ist.

Die Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand sind Teil derer, die aufgestanden sind, um im internationalen Zusammenhang gegen die Zerstörung von menschlichen Lebensbedingungen und Werten durch das kapitalistische System zu kämpfen. Deshalb werden sie den vernichtenden Sonderhaftbedingungen unterworfen.

Um diesen politischen Konflikt geht es.

Weder durch Personalisierung, mit dem Kalkül, ein paar zu vernichten, um das Ganze zu beenden, noch durch Leugnung des politischen Konfliktes wird er aus der Welt zu schaffen sein.

Und wir werden nicht aufhören, diese Mechanismen zu durchbrechen.

500 Jahre Kolonialismus und kapitalistische Zerstörung sind genug. Das heißt, jeder Ausdruck, jedes Moment, jede Ursache dieser Geschichte von Ausbeutung und Unterdrückung muß beseitigt und gelöst werden.

Eine Sache dabei ist die Freiheit der Gefangenen, die in diesem Kontext kämpfen.

Wir haben im Sommer 92 am Gegenkongreß zum Weltwirtschaftsgipfel in München teilgenommen. Dort wurde ein Schritt weiter gegangen für den gemeinsamen Kampf aller revolutionären Gefangenen auf der Welt; USA, Puerto Rico, Türkei, Kurdistan, El Salvador und viele mehr.

Hier in der BRD geht es jetzt darum, daß

1. der Tatsache Rechnung getragen wird, daß diese Auseinandersetzung eine politische ist,
2. der Tatsache Rechnung getragen wird, daß die Gefangenen aus der RAF und Widerstand deshalb seit 23 Jahren Sonderhaftbedingungen unterliegen.

Die Konsequenz aus beidem ist, was wir jetzt fordern:

— die sofortige Verlegung von Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, Manuela Happe, Rolf Heißler aus den Bundesländern, in denen sie jetzt im Knast sind, in die Kleingruppen von politischen Gefangenen ihrer Wahl;

— die sofortige und bedingungslose Freilassung von Bernd Rössner und Ali Jansen, die beide haftunfähig sind;

— medizinische Versorgung durch Ärzte des Vertrauens;

und weiter — die Einleitung von Schritten für die Freilassung aller politischen Gefangenen, das beinhaltet die sofortige Einstellung der neuen Prozesse;

wir sprechen von der Freilassung *aller* Gefangenen, und die, die am längsten im Knast sind, die müssen als erstes raus, das ist klar.

Und wenn Justizministerin Leuthäuser-Schnarrenberger letzte Woche im *Spiegel* davon spricht, „wenn der Weg über die Gerichte nicht geht, müssen wir andere Möglichkeiten prüfen",

dann ist dazu zu sagen, diese Möglichkeiten gibt es, und Vorschläge von unserer Seite dazu gab es von Anfang an.

Es war für diesen Staat und seine sogenannten unabhängigen Gerichte, die — und das muß auch noch mal gesagt werden — extra geschaffen wurden zur Bekämpfung von Gefangenen aus der RAF, also selbst ein Produkt der Sondermaßnahmen sind, 23 Jahre lang kein Problem, Sondergesetze zu erlassen und anzuwenden, so ist es natürlich jetzt auch möglich, einen Weg zu finden.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um eine Entscheidung der Politik für die Freilassung der Gefangenen, so wie sie die ganzen Jahre über entschieden haben, was passiert.

Darum werden wir kämpfen.

Anschließend sprach Christa Klar zu den Haftbedingungen ihres Sohnes Christian Klar seit seiner Festnahme. Exemplarisch stellte sie an Christian, der mit die härtesten Bedingungen hat, die Sonderhaftbedingungen dar. Christa Klar gelang es, durch Darstellung bestimmter Details den systematischen Terror, der bei Christian ausgeübt wird, herauszustellen. Sie sprach u. a. über die Bedingungen bei ihren Besuchen, die seit der Festnahme bis heute, also seit über 10 Jahren, vom Landeskriminalamt überwacht und auf eine Stunde beschränkt sind. Christian hat insgesamt nur 2 Stunden Besuchszeit monatlich.

Danach sprach Rechtsanwalt Gerd Klusmeyer u. a. dazu, daß die Kinkel-Initiative *nicht* gescheitert ist, sondern daß das gesamte Vorgehen des Staates gegenüber den Gefangenen bis heute Intention der Kinkel-Initiative ist.

Den größten Teil seines Beitrages nahm die Möglichkeit der Mehrfachanrechnung der Isolationshaft ein. Dies stieß bei der Presse auf reges Interesse.

Inhaltlich ist dies nachzulesen in seinem Beitrag bei der Veranstaltung in Mainz (der im *Angehörigen Info* 115 abgedruckt war).

Silja Funke für die Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen

Ich will hier noch kurz einen anderen Aspekt der 23 Jahre Sonderhaftbedingungen erwähnen, den ich und viele andere aus eigener Erfahrung kennen.

Es ist die im Kern nicht veränderte Verhinderung politischer und sozialer Kommunikation und Interaktion. So

wie sich bis heute wenig geändert hat an der Verhinderung der gemeinsamen Diskussion und dem Zusammensein-Können der Gefangenen untereinander, so wenig hat sich auch an den unmenschlichen Bedingungen im Kontakt mit Leuten außerhalb des Knastes geändert.

Ich besuche jetzt seit 10 Jahren einen Gefangenen aus der RAF. Bis heute wird jeder Besuch und jeder Brief vom LKA überwacht. Erlaubt ist dem Gefangenen überhaupt nur zweimal 1 Stunde überwachter Einzelbesuch im Monat, in einem abgetrennten Zimmer neben dem normalen Besuchsraum. LKA-Beamte und Sicherheitsbeamte vom Knast sitzen mit am Tisch, schreiben, was geredet wird, mit. Dies ist trotz behaupteter Normalbehandlung heute noch Realität. Bei anderen politischen Gefangenen ist immer noch Trennscheibe bei den Besuchen, was jede nur annähernd persönliche Atmosphäre und richtiges Miteinander-Reden unmöglich macht. Da die Gefangenen natürlich nicht nur zu einem Menschen Kontakt haben, bedeutet die extreme Beschränkung der Besucherzahl und Zeit, daß die einzelnen Besucher ca. alle 3 Monate für 1 Stunde unter den vorgenannten Bedingungen reinkommen können. *Es ist die nach wie vor andauernde Isolation von jeder intensiveren und tieferen menschlichen und politischen Beziehung.*

Dazu kommt, daß all die 23 Jahre hindurch bis heute die Leute, die die Gefangenen besuchen, und die, die mit ihnen um Veränderungen kämpfen, vom Staat immer wieder bedroht und angegriffen werden. Verfahren wegen § 129a, Terrorobservationen, was bei mir z. B. bedeutet, selbst auf dem Weg von der Arbeit zum Bäcker verfolgt zu werden, oft tagelang mit mehreren Wagen rund um die Uhr terrorisiert zu werden; Einreiseverbote in andere Länder aufgrund Eintragungen in den BKA-Computer. Ein weiteres aktuelles Beispiel sind auch die Hausdurchsuchungen in Berlin bei einer Frau, die schon lange eine Gefangene aus der RAF besucht, wegen angeblicher Ausspähung von Generalbundesanwalt von Stahl ein paar Tage nach der Aktion gegen Weiterstadt. Der Vorfall, um den es da geht, liegt bereits ein halbes Jahr zurück und hat mit Ausspähung nichts zu tun. Mit all diesen Maßnahmen sollen auch heute noch Leute davon abgehalten werden, mit den Gefangenen nach neuen Wegen der politischen und sozialen Veränderung zu suchen und ihre Freiheit zu erkämpfen.

Ein ganz wichtiger Punkt in der Diskussion mit den Gefangenen und dafür, warum wir ihre Freiheit erkämpfen wollen, ist, daß sie 23 Jahre gegen genau die Entwicklung gekämpft haben, vor der wir heute stehen.

Genau zu dem Zeitpunkt, wo das kapitalistische System scheinbar gesiegt hat, real umfassendes Weltsystem geworden ist, explodieren die ökonomischen und sozialen Probleme. Die ungeheure Destruktion und Gewalt, die das System produziert, ist sowohl für die wachsende Zahl der Flüchtlinge als auch für die Stärkung jahrhundertealter rassistischer und faschistischer Verhetzung und seiner materiellen Folgen verantwortlich.

Für die politisch Verantwortlichen und die wirtschaftlichen Eliten hier ist die soziale Verrohung in der Gesellschaft, die bewußt produzierte Entsolidarisierung derer, die unter dem kapitalistischen System leiden, der politische Boden, auf dem sie nun endlich hoffen, auch selbst wieder militärisch gegen die explodierenden Widersprüche weltweit vorgehen zu können. Gegen diese Entwicklung haben die Gefangenen, die heute im Knast sitzen, sowie Tausende anderer Menschen gekämpft — vom Widerstand gegen den Vietnamkrieg bis zum Kampf gegen die NATO-Kriegspolitik in den 80er Jahren.

Heute hat der institutionalisierte Faschismus eine neue Stufe erreicht.

Das seit dem Faschismus im Kern ungebrochene präventive Vorgehen des Staates gegen jeden aufkommenden Widerstand, um seine gesellschaftliche Verbreiterung zu verhindern, hat heute bei vielen Jungen eine Situation der Perspektivlosigkeit geschaffen. Der gigantische, z. T. paramilitärische Sicherheitsapparat, der vom Staat in den letzten 20 Jahren aufgebaut wurde, charakterisiert den Umgang des Staates mit gesellschaftlichen Problemen.

Aber die fast ausschließlich repressive Antwort der Herrschenden auf die Probleme wird diese Entwicklung der Destruktion nur weiter eskalieren.

In dieser Auseinandersetzung hat auch die Frage der Freiheit der Gefangenen ihre politische Bedeutung.

Es waren über 20 PressevertreterInnen von Zeitungen, Radio, TV (Sat 1, RTL) und Agenturen anwesend.

Bei den Pressemeldungen am nächsten Tag war eine Verfälschung enthalten: wir hätten gesagt, daß die Konfrontation zwischen RAF und Staat beendet sei, wenn die Gefangenen freigelassen werden.

Wir haben am 15. 4. sofort eine kurze Presseerklärung dazu gemacht und richtiggestellt, daß das nicht unsere Aussage war, daß wir nur von der Konfrontation *um* die Gefangenen gesprochen haben.



Protokoll einer Bedrohung — und: Erklärung zum Versuch, einen Besuch zu verhindern

Die beiden folgenden Texte sind unabhängig voneinander entstanden; der Zusammenhang erscheint nicht unbedingt direkt. Wir veröffentlichen sie hier zusammen, weil wir denken, daß ein Zusammenhang besteht, denn unmittelbar vor dem Versuch, den Besuch von Hanne und Tjark aus Hamburg bei Christine in Lübeck zu verhindern, schickte Tjark das Gedächtnisprotokoll zu der Morddrohung gegen ihn an Christine.

Wir wissen, daß hier mit allen Mitteln versucht wird zu verhindern, daß sich Menschen politisch engagieren. Wie konkret de Zusammenhang zwischen faschistischem Terror und staatlicher Repression auch sein mag — beides ist Ausdruck der Bemühungen, einzelne mundtot zu machen und von ihren Zielen abzubringen.

Es öffentlich zu machen, ist ein Schritt gegen dieses Interesse.

Hanne, Nane, Tjark, Jan

Protokoll einer Bedrohung

Dieses Protokoll einer Bedrohung bedarf einer kurzen Erklärung:

Am 19. Oktober 1992 versuchen militante französische Juden in Rostock eine Gedenktafel für die in Auschwitz ermordeten Roma und Sinti anzubringen. Grund ist der Protest gegen das auf Druck der Bundesregierung zustandegekommene Deportationsabkommen mit Rumänien, welches es ermöglicht, Roma aus Rumänien wieder dorthin abzuschieben, von wo sie fliehen, weil sie dort nicht mehr überleben können.

Die Aktion wird von der Polizei angegriffen. Die angegriffenen Juden wehren sich, und einige dringen ins Rathaus ein, um Transparente herauszuhängen.

Gegen drei von ihnen werden Haftbefehle erlassen. Die drei jüdischen Gefangenen werden auf zwei Gefängnisse aufgeteilt. Schon nach einigen Tagen wird ihnen geraten, die Kippah, ihre Kappe, nicht zu tragen, weil auch so viele Nazis im Knast wären. Aber auch die antisemitischen Bemerkungen der Schließer, als die Gefangenen das Essen verweigern und zumindest vegetarisches Essen fordern, wenn sie schon kein koscheres bekommen, weisen darauf hin, daß es nicht nur Inhaftierte mit eindeutigen Meinungen gibt. In dieser zeit versuchen mehrere Antifaschistinnen und Antifaschisten, das Notwendigste zu besorgen und ein Mindestmaß an Öffentlichkeit herzustellen, was aber nur im Ausland, vor allem in Frankreich, gelingt.

Die Justiz bereitet ein Schnellverfahren vor, doch kurz bevor dieser Prozeß beginnen soll, werden die drei Gefangenen freigelassen und abgeschoben.

In diese Zeit fallen die ersten beiden Anrufe bei mir, also zwischen den 19. und 28. Oktober. Der Zusammenhang mit der Aktion ergibt sich aus dem Text des ersten Anrufs, wo eine Männerstimme (es waren immer Männerstimmen) zu mir sagt: „Geh doch zu deinen Judenfreunden nach Frankreich, dann haben wir hier unsre Ruhe!" Der zweite Anruf, es ist eine andre Stimme, fordert mich auf, nach Israel zu gehen und droht: „Wir warten nicht mehr lang, Judenschwein!"

Als die Anrufe sich später häufen und fast wöchentlich sind und auch eine weitere Person betreffen, allerdings einmalig, und auch als die Drohungen offener werden und ein System erkennbar wird, kan weder ich mich entschließen, noch die Gruppen, mit denen ich zu tun hatte, an die Öffentlichkeit zu gehen.

Im Dezember — nach Mölln also und dem Brief von Giordano an Kohl — gibt es dann die ersten Morddrohungen.

Sie spitzen sich zu auf einen Anruf am 24. Dezember, wo mir der Anrufer sagt: „Wir wissen, wo du arbeitest, und wir wissen, wie du zur Arbeit gehst."

Einen weiteren Anruf gibt es am 27. Dezember; der Anrufer sagte nur: „Am 30. Januar bist du dran, dann bist du tot, Jude!" Dann legt er auf.

Die folgenden Wochen sind geprägt von dem Versuch, die Wohnung zu sichern und ein geringes Maß an Schutz zu organisieren. So holen ArbeitskollegInnen mich von zu Hause ab und bringen mich nach der Arbeit wieder nach Hause.

Spekulationen, von welcher Seite die Anrufe kommen, laufen ins Leere: Ich wohne erst seit kurzem in der Wohnung, meine Telefon-Nummer ist nicht auf meinen Namen angemeldet, sondern ein Nebenanschluß; zudem hatte ich schon 1990 — nach einigen Anrufen — meine Daten sperren lassen, und meine Nummer stand auch seitdem nicht im Telefonbuch. Für mich gibt es zwei Möglichkeiten: die eine, im Zusammenhang mit Rostock sind irgendwelche Faschisten an meine Nummer gekommen, was möglich gewesen wäre. Die zweite, daß es auch Teile der Staatsorgane geben könnte, die ein bestimmtes Interesse an meiner Reaktion auf die Anrufe gehabt haben.

Nach zwei Wochen bin ich nicht mehr in der Lage zu arbeiten; mein Alltag zerbricht und ist bestimmt von der Bedrohung, die, weil sie so wenig einschätzbar ist, um so mehr an den Nerven zerrt: Es ist ein ständiges Wechselbad zwischen dem Gefühl, es ist ohnehin egal, sie haben Möglichkeiten und Mittel, es also zu bagatellisieren, und einem irrationalen Verfolgungsgefühl.

In dieser Situation versuche ich, mit andren Menschen Kontakt zu bekommen, weil ich gehört hatte, daß ich nicht die einzige Person bin, die konkret datierte Morddrohungen antisemitischen Inhalts bekommt. In diesem Zusammenhang gerät meine Nummer an den Hamburger Verfassungsschutz (VS). Eine Frau, die ebenfalls ab und zu solche Anrufe bekommen hatte und sich als Journalistin an den VS wandte, rät mir, mich mit ihnen in Verbindung zu setzen, und gibt gegen meinen Willen die Nummer weiter. Ich konnte es mir nicht vorstellen, mit denen zu reden, wollte es aber auch nicht allein entscheiden. Doch der VS ruft einfach an und will sich mit mir treffen. Das erste, was ich sage, ist, daß ich das nicht allein entscheide. Sie wollen mich schon am nächsten Morgen treffen. Nach mehreren Gesprächen mit Freundinnen und Freunden ist aber klar, daß es nicht geht. Das Gespräch findet nicht statt.

In den folgenden Wochen — und wahrscheinlich bis heute — versucht der VS bei mir anzurufen. Zum Teil geht das mehrmals am Tag, und durch bestimmte Zeiten der Anrufe ist auch klar, daß sie die Wohnung und mein Umfeld im Blick haben. Sie wollen mich zum Gespräch zwingen und wissen natürlich auch, daß es mir nicht gut geht, warten, bis die Situation mich weichgeklopft hat, daß ich keine andere Möglichkeit mehr sehe, als mich mit ihnen einzulassen.

Ein Grund dafür, daß sie im Gegensatz zu anderen Menschen, die sogar bereit wären, mit ihnen zu reden, und wo sie es nicht tun, sondern bagatellisieren, an mir interessiert sind, kann darin liegen, daß ich seit einigen Jahren politische Gefangene besuche und öffentlich für die Forderung nach Zusammenlegung und Freiheit eintrete, mich an Aktionen und Diskussionen beteilige. Als Antifaschist arbeite ich intensiv mit ehemaligen KZ-Häftlingen und Überlebenden der Shoah zusammen. In den letzten Monaten arbeite ich vor allem gegen den Geschichtsrevisionismus.

In den zwei Wochen davor geht vieles zu Bruch an Beziehungen und Strukturen, die mir ein Halt waren. Auch das gehört hierher: daß der Druck für einige zu stark wurde und sie sich zurückzogen; daß aufgrund der Verfassung dieses Landes und der restlichen Linken ein wirkicher Schutz von Bedrohten zur Zeit nicht möglich ist; schlicht: daß ich oft das Gefühl habe, sie haben ihr Ziel, mein Leben zu zerstören, ein Stück weit erreicht.

Es gibt auch die Erfahrung von Solidarität, vor allem in dem Betrieb, in dem ich arbeite.

Am 20. Februar ein weiterer Anruf: „Denk nichgt, daß wir dich vergessen haben, Jude!" Das war für mich der pPunkt, meine Situation jetzt zumindest begrenzt öffentlich dzu machen, um andren die Möglichkeit zu geben, sich mit dieser Situation politisch auseinanderzusetzen.

Erklärung zum Versuch, einen Besuch zu verhindern

Mitte '92 stellten wir — eine Gruppe aus Hamburg — beim Justizministerium in Kiel einen Antrag auf Gruppenbesuch bei den in Lübeck inhaftierten politischen Gefangenen Irmgard Möller, Christine Kuby und Hanna Krabbe. Da politische Kommunikation unter Überwachung zur Farce wird, bestehen wir darauf, daß die Besuche ohne LKA stattfinden.

Da sich die Entscheidung des Jumi bis Ende des Jahres hinzog — d.h. die Besuchsgruppen genehmigt wurden, aber mit LKA, und es bis heute keine Regelung gibt —, entschlossen wir uns, den Kontakt durch reguläre Besuche von zweien von uns herzustellen. Christine stellte einen Antrag für zwei Leute und für zwei Stunden. Weil eine der beiden BesucherInnen Rollstuhlfahrerin ist, wollten wir die zwei Stunden ohne die in Lübeck übliche Unterbrechung erreichen. Anderenfalls würde das heißen: viermal Treppe rauf bzw. runter, zweimal durch die enge Schleuse. Knast und LKA schoben sich gegenseitig die Entscheidung dafür zu. Wir wandten uns daraufhin an Frau Hinkelmann, die persönliche Referentin von *(dem schleswig-holsteinischen Justizminister)* Klingner. Nach ihrer Intervention konnten wir dann im Januar zu zweit einen zweistündigen Besuch bei Christine machen. Frau Hinkelmann teilte uns mit, daß diese Regelung ausschließlich für diesen Besuch gelte. Über eine generelle Regelung müsse gegebenenfalls noch entschieden werden. Nach dem Ablauf der ersten Stunde wurde dann jedoch seitens des Knastes versucht, den Besuch zu unterbrechen. Wir drei protestierten entschlossen und konnten dann auch den Besuch direkt fortsetzen. Im März beim nächsten Besuch lief es dann wie folgt ab:

Christine stellt einen Besuchsantrag für dieselben zwei Leute. Bei der Terminabsprache mit dem Knast wird uns mitgeteilt, daß diesmal der Besuch auf jeden Fall geteilt wird. Wir rufen Frau Hinkelmann an, damit sie auch diesmal interveniert.

Frau Hinkelmann ruft uns an und teilt uns mit, daß sie nichts für uns tun konnte. Sie äußert die Vermutung, daß es dem LKA zu anstrengend sei, zwei Stunden hintereinander zuzuhören. Sie rät davon ab, sich an das für das LKA zuständige Innenministerium zu wenden, um es nicht zu hoch zu hängen. Sie schlägt vor, den Besuch geteilt zu machen und daß wir anschließend einen Bericht über die damit verbundenen Schwierigkeiten schreiben. Sie macht dann eine Akte daraus und versucht die Angelegenheit auf dem Dienstweg zu klären.

Darauf können wir uns selbstverständlich nicht einlassen. Wir rufen sie erneut einen Tag später an und schlagen ihr vor, daß sie zwar dem LKA keine Anweisungen geben kann, aber der Knast angewiesen werden kann, den Besuch ganz oder teilweise ohne Überwachung stattfinden zu lassen. Darauf will sich Frau Hinkelmann nicht einlassen. Ein einseitiges Ausscheren von der vom Bundesanwalt vorgegebenen Linie sei in diesem Falle nicht drin. Daraufhin kündigten wir an, es nun doch im Innenministerium zu versuchen. Ihre Ansicht zu diesem Schritt muß sich über Nacht total geändert haben, denn sie antwortet: „Machen Sie das, oder von mir aus eine Aktion vor dem Tor, wenn es Ihnen nützt."

Im Innenministerium versuchen wir uns mit dem Innenminister verbinden zu lassen. Verbunden werden wir dann mit seinem Büroleiter Herrn Scharbach. Ihm wird die Situation vorgetragen, und er verspricht, sich darum zu kümmern und sich wieder zu melden. Als er sich dann am nächsten Tag meldet, wurde uns mitgeteilt, daß der Besuch ungeteilt stattfinden kann. Dann erklärt er, daß nicht die Rollstuhlfahrerin das Problem sei, sondern der Begleiter. Seine Rolle sei nicht klar, weil er sich beim letzten Besuch aktiv am Gespräch beteiligt habe. Deshalb würde auch bei dem kommenden Besuch besonders darauf geachtet, welche Rolle er spielt und was er sagt. Dann äußerte er noch, daß ja immer darauf geachtet werden müsse, daß keine Kassiber — illegale Nachrichten — ausgetauscht würden. Von uns wird klargestellt, daß die zwei Personen den Besuch gleichberechtigt machen, dies auch so beantragt sei und es sich auf keinen Fall um Besucherin mit Begleitperson handle. Dies wurde zur Kenntnis genommen und nach einer schriftlichen Bestätigung gefragt. Auf die Antwort, daß der Termin telefonisch vereinbart wurde, bestätigt er, daß nun alles klar sei und er bei Schwierigkeiten dies auch bestätigen würde.

Am nächsten Tag, den 25. März, sah es dann so aus:

Nachdem wir beide durch die Schleuse gegangen waren, stellten sich eine Schließerin, der LKAler und Herr Marquardt vom Knast vor uns auf und „eröffneten" uns, daß die zwei Stunden ohne Unterbrechung nur für die Rollstuhlfahrerin genehmigt seien und der Begleiter sich nicht am Gespräch beteiligen dürfe. Dazu wurden zwei widersprüchliche Begründungen abgegeben: Erstens habe Christine den Besuch nur für die Rollstuhlfahrerin beantragt, und zweitens könne der „Begleiter" ein anderes Mal gern wiederkommen und dann einen geteilten Besuch machen. Denn wenn er zwei Stunden im Stück Besuch mache, wäre es eine Bevorzugung. Da wir mit unserem Protest und Klarstellungsversuchen nichts ausrichten konnten, und um Christine nicht im Ungewissen zu lassen, entschieden wir uns für nur eine Stunde Besuch, in der aber beide reden.

Unter diesen Bedingungen war der Besuch dann eigentlich schon gelaufen, bevor er angefangen hatte.

Während des Besuchs antwortet der LKAler auf Christines Frage, wer dies so angeordnet habe: „Das Innen- und das Justizministerium."

Wir sehen diesen Angriff auf die Kommunikation mit den Gefangenen zum einen im Zusammenhang mit unserem Versuch, als Gruppe ohne LKA-Überwachung zur Diskussion mit den Gefangenen zu kommen. Zum anderen ist diese Provokation auch ein Angriff gegen die Besucherin und den Besucher.

Die Behörden gehen hier offenbar davon aus, der nichtbehinderte Besucher erschleicht sich mit Krüppel zwei Stunden am Stück. Außerdem ging es wohl auch darum zu sehen, ob die Krüppelfrau sich überhaupt etwas mit Christine zu sagen hätte.

Die zwei Stunden am Stück sind für uns nicht ein „humanes" Zugeständnis an die Behinderte (wie der LKAler sagte), sie sind — unter diesen Bedingungen, die den Namen „Kommunikation" ohnehin kaum verdienen — die minimalste Notwendigkeit.

In dem Versuch, einem Besucher, der schon längere Zeit politische Gefangene besucht, ein Sprechverbot zu erteilen, sehen wir die Fortsetzung der schlechten Unendlichkeit von Isolation der Gefangenen und Kriminalisierung derer, die mit den Gefangenen solidarisch sind und mit ihnen zusammen gegen diese Bedingungen kämpfen.

Hamburg, 1. April 1993

Angehörige Kinder malen für politische Gefangene

Auf 16 farbigen Postkarten haben sich sieben angehörige Kinder verschiedenen Alters ihre Knasterfahrungen von der Seele gemalt oder einfach den Gefangenen eine Freude machen wollen.

Bunte Kartenserie — 16 Stück für 18 DM plus 2 DM Porto. Bei Sammelbestellung über 3 Serien und mehr — Porto 4 DM. Bitte Vorauskasse bar oder Scheck an: Angehörige der politischen Gefangenen, Postlagerkarte 050205, 6230 Frankfurt/Main 80.

Bericht von der Kundgebung vor dem Knast in Lübeck am 17.4.

„Freiheit für alle politischen Gefangenen" war die zentrale Forderung der Kundgebung, zu der ca. 50 bis 60 Menschen aus verschiedenen Städten Norddeutschlands (Lübeck, Kiel, Eutin, Rendsburg, Hamburg, Elmshorn u.a.) gekommen waren. Aus Hamburg waren dieses Mal weniger Leute gekommen, weil dort zur gleichen Zeit eine Demonstration für Flüchtlinge stattfand.

Im ersten dort gehaltenen Beitrag wurde ein Resümee des letzten Jahres gezogen und auf die gerade getroffene Entscheidung des Bundesgerichtshofs eingegangen, Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe und Lutz Taufer nicht freizulassen, weil sie sich weigern, sich psychiatrisch untersuchen zu lassen.

Nach einem Beitrag über Flüchtlinge und einem weiteren über den Verlauf eines Gesprächs mit Justizminister Klingner, den wir in dieser Ausgabe dokumentieren, wurde der Offene Brief einer Gruppe verlesen, die sich darin gegen die Einladung von Euthanasie-BefürworterInnen zu der Tagung „Vom Recht auf Anderssein", die am 27./28.4. in Köln stattfindet, wendet: Humangenetik und Pränataldiagnostik sind selektive Erfassungstechniken, ihr Ziel ist die Aufspürung aller „angeborenen Fehlbildungen und Defekte", in fast allen Fällen ist Abtreibung das einzige „Therapieangebot". Durch die Praxis von Humangenetik und Pränataldiagnostik wird „behinderten" Menschen faktisch das Lebensrecht entzogen, daran ändert weder die Einbeziehung der „Betroffenen" etwas noch Lippenbekenntnisse derart, daß im Einzelfall „das Zusammenleben mit Behinderten auch positiv" sein kann.

Schließlich gab es noch einen Redebeitrag zu den drei Militanten aus den GRAPO, die in Spanien während einer Aktion ums Leben kamen.

Gut fand ich, daß einige fremdsprachige Lieder übersetzt wurden, bevor sie gespielt wurden. Das geschah bei Liedern von Mercedes Sosa, einem jiddischen und einem türkisch-kurdischen. Das jiddische Lied handelte vom Warschauer Ghetto-Aufstand, der sich nun zum fünfzigsten Mal jährte. Der türkisch-kurdische Musikbeitrag lautete „Der Tag wird kommen, da schlagen wir zurück".

Gleich zu Beginn der Kundgebung wurden die Gefangenen gefragt, ob sie uns hören können. Sie bestätigten das durch Rufen. Wir riefen ihnen mehrere Male Parolen zu und verständigten uns durch gegenseitiges Gejohle.

„Power durch die Mauer, bis sie bricht!" (Red.)

Redebeitrag von der Hamburger Gruppe auf der Kundgebung in Lübeck am 17.4.

Hallo! Wir sind eine Gruppe aus Hamburg und versuchen seit Sommer '92 als Besuchsgruppe zu Hanna, Christine und Irmgard reinzukommen. Eine andere Gruppe aus Kiel versucht das auch. Wir aus Hamburg haben uns in der Anti-WWG-Mobilisierung entschieden, den Besuchsantrag zu stellen. Ziel war es, die Gefangenen in die Mobilisierung mit einzubeziehen und eine kontinuierliche Diskussion an den Fragen und Perspektiven zu beginnen. Für uns als Gruppe war klar, daß wir diesen Anspruch nur sehr konkret umsetzen können, indem wir versuchen, in die Knäste reinzugehen — als Gruppe und mit genau der Begründung.

Im November fand ein Gespräch zwischen der Besuchsgruppe aus Kiel und dem schleswig-holsteinischen Justizminister Klingner statt. Klingner erklärte nicht nur, daß Gruppenbesuche grundsätzlich möglich sind, sondern machte darüber hinaus konkret die Zusage, daß unsere Besuche unüberwacht laufen, wenn die Frauen Haftprüfungsanträge stellen.

Im Dezember meldete sich das Jumi bei beiden Gruppen und teilte uns mit, daß wir nur mit LKA reinkommen und höchstens ein Besuch im Monat stattfinden kann.

Am 1.4. fand dann endlich das erste gemeinsame Gespräch mit Klingner statt. Der entscheidende Punkt ist für uns nach wie vor die Forderung nach unüberwachten Besuchen. Ziel konnte also nur sein:

— nachzuhaken, wieso sich Klingner nicht an seine Aus- und Zusagen hält
— ihm klarzumachen, daß nach wie vor er derjenige ist, der die politische Verantwortung für diese Entscheidungen trägt
— ihm eine Frist zu setzen, bis wann wir eine Entscheidung von ihm erwarten.

(In der letzten Woche vor dem Gespräch sah es so aus, als würden sie es am liebsten ausfallen lassen: Erst wurde uns mitgeteilt, es würde vom Landeshaus ins Jumi verlegt — wegen Sicherheitsbedenken —, dann sollten nur sechs von uns kommen dürfen, und rollstuhlgerecht sei es sowieso nicht. Da wir auf den Termin bestanden, ging dann plötzlich alles doch ...)

Nachdem wir ihm die Erklärung zur Verhinderung eines Besuchs überreichten und noch mal unsere Position darstellten, ging es dann los. Klingners Diskussionsbeiträge lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Es wird ein Konzept zum „Projekt entlassungsvorbereitende Maßnahmen" erarbeitet.
2. Er ist nicht bereit, sich dazu zu äußern.
3. Er kann sich nicht gegen die Bedenken seiner Sicherheitsbehörden stellen, und jetzt, nach Weiterstadt, sei natürlich alles noch viel schwieriger.
4. Darauf angesprochen, daß er letztes Jahr noch Besuche ohne Überwachung zugesagt hat — äußert er sich nicht.
5. Darauf, daß die Entscheidung, uns nur unter Überwachung reinzulassen, noch *vor* Hannas und Christines Anhörungen gefallen ist, also nicht mit dem Wegfall von entlassungsvorbereitenden Maßnahmen begründet werden kann — äußert er sich nicht.
6. Eine Frist setzen läßt er sich sowieso nicht.

Insgesamt hat sich nur noch mal bestätigt, daß Klingner uns als Besuchsgruppen nicht zulassen will. Die Bedenken seines Sicherheitsapparates benutzt er als Vorwand. Er betreibt damit genau das, was schon seit langem Linie ist: die Delegierung der politischen Entscheidung an Apparat und Justiz. Das ist auch im letzten Jahr so gewesen. Allerdings gab es im letzten Jahr — zumindest zeitweilig — auch bessere Bedingungen als heute. Durch den KGT-Vorstoß und die Erklärungen der RAF gab es in der Öffentlichkeit ein größeres Interesse an den politischen Gefangenen als sonst. Dieses Interesse wurde von uns nicht genügend genutzt, um unsere Forderungen verstärkt zu vertreten: eine politische Lösung für alle Gefangene in einem überschaubaren Zeitraum, die sofortige Freilassung der haftunfähigen Gefangenen, aber auch darüber hinaus — die Berechtigung der Kämpfe damals wie heute, ihre Kontinuität und die Diskussion, wie wir sie heute weiterführen können —, darum geht es immer noch.

Eine Voraussetzung, um unsere Forderungen durchzusetzen, ist eine größere Öffentlichkeit. Viele Initiativen der letzten Zeit arbeiten darauf hin, wie z.B. die Veranstaltung der Anwältinnen und Anwälte in Mainz. Wir denken, daß diese Arbeit auch für die Durchsetzung unserer Besuchsgruppen notwendig ist. Auch in Hessen gibt es eine Besuchsgruppe, die darum kämpft, ohne LKA-Überwachung in die Knäste reinzukommen. Auch dort wird die Entscheidung hin- und hergeschoben. An uns liegt es, jetzt so öffentlich zu intervenieren, daß klar wird: Eine Kommunikation, die diesen Namen verdient, kann nur unüberwacht stattfinden.!

Die „Tübinger Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen — jetzt" lädt ein zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung am 28. April 1993 im Schlatterhaus der Evangelischen Studentengemeinde, Großer Saal, zur sogenannten „Kinkel"-Initiative".

Was ist passiert seit der Ankündigung des damaligen Justizministers Kinkel, einige politische Gefangene freilassen zu wollen? Was hat sich für die politischen Gefangenen verändert?

Wie ist diese staatliche Kampagne zu bewerten?

Beweisführung

Wenn wir kein Rechtsstaat wären und wenn wir uns nicht
an unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung hielten,
wären wir mit dieser „Roten Armee Fraktion",
mit Baader-Meinhof, ganz anders umgesprungen.

Erstens hätten wir sie von Anfang an „Bande" genannt,
und die Presse hätte so über sie zu schreiben,
daß das Urteil von vornherein festgestanden hätte.
Der Prozeß wäre dann eine Formsache, weiter nichts.

Schon bei der Jagd auf sie hätten wir einige kaltmachen können
und alle Linken im Land überwachen und alles durchstöbern.
Und wir hätten das Volk mit Schlagworten alten Stils,
„unsere Volksfahndung" etwa, richtig scharfmachen können.

(...)

Wenn wir kein Rechtsstaat wären, so hätten wir
von diesen Hungerstreikern als warnendes Beispiel
wenigstens einen ganz langsam verhungern lassen:
Nur einfach durch seinen Schlauch zu wenige Kalorien!

(...)

Dann hätten wir die Untersuchungshaft ausgedehnt,
jahrelang, um die Brüder und Schwestern mürbe zu machen,
und ihre Zellenfenster mit Maschendraht abgeschirmt
und sie streng isoliert — auch akustisch — von allen Kontakten.

(...)

Dann hätten wir auch diese internationalen
Abmachungen über Menschen- und Bürgerrechte
und die Europäische Menschenrechtskonvention,
die wir unterzeichnet haben, kalt lächelnd beiseitegeschoben.

Doch zum Glück für alle Beteiligten sind wir ein Rechtsstaat,
der sich peinlichst an Regeln und Grundordnung hält.
Nur eine unserer neueren Regeln besagt, daß den Rechtsschutz
nur genießt, wer mit uns auf dem Boden des Rechtsstaates steht.

Erich Fried (1977)

Veranstaltung am 28. 4. in Tübingen: Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Zwei Beispiele ein und derselben Vorgehensweise:

Beispiel 1:

„Am 12. September 1991 forderte der (damalige CDU-) Generalsekretär Rühe alle (CDU-) Fraktionsvorsitzenden aus den Stadträten, Landtagen und Bürgerschaften auf, sytematisch die Asylpolitik zum Thema zu machen ..."

„Die Verweigerung der SPD (zur Änderung des Grundgesetzartikels 16) trifft insbesondere die Kommunen, die für die Unterbringung der Asylbewerber zu sorgen haben. In den Städten und Gemeinden artikuliert sich in der Bevölkerung auch am ehesten Unmut und mangelnde Akzeptanz des praktizierenden Asylrechts." An diese Emotionen, so Rühe, müsse die CDU anknüpfen."

Die so begonnene und geplante Asylhetzdebatte läuft bis heute in allen Medien. Sie lieferte die Argumente und war der Startschuß für eine Welle von brutaler Gewalt, Mord und Brandschatzung aus rassistischen Motiven.

Derselbe Rühe, die Prominenz derselben CDU, die Flüchtlinge ihrer Rechte berauben will und durch Hetze zum Freiwild erklärt, demonstrierte ungeniert am 8. 11. 92 in Berlin unter dem Motto „Gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Die Würde des Menschen ist unantastbar.".

Die Brandstifter an der Spitze einer antirassistischen Bewegung für die Würde des Menschen ...

Beispiel 2:

Während des zehnten, gemeinsam von allen politischen Gefangenen geführten Hungerstreiks für u. a. ihre Zusammenlegung erklärte der damalige Staatssekretär Kinkel in einem Gespräch mit Gefangenen, es werde keine Zusammenlegung geben, auch nicht, wenn es Tote gibt.

Und das baden-württembergische Justizministerium erklärte auf Anfragen im Landtag, die Haftbedingungen der Gefangenen seien legitim.

Im Januar 1992 erklärte Kinkel — inzwischen Justizminister —, daß 8 politische Gefangene „bei eigener Mitwirkung" noch im laufenden Jahr auf Bewährung entlassen werden könnten. Kinkel stilisierte ein Vorgehen gegenüber den politischen Gefangenen (und der RAF) zum „Versöhnungsangebot", welches das Strafgesetzbuch zwingend für alle Gefangenen vorschreibt, nämlich die Prüfung, ob Gefangene nach 15 Jahren bzw. 2/3 der Haftzeit entlassen werden sollen.

Die Vertreter einer Politik, die seit 20 Jahren an Isolationshaft und Inhaftierung haftunfähiger Gefangener festhalten, die Vertreter einer Regierung, die in Menschenrechtsgremien wiederholt massiv kritisiert wurden aufgrund eben jener Praxis von Sondergesetzen und Sonderhaftbedingungen gegen politische Gefangene, versuchen in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als seien *sie* es, die eine wirkliche, humane Lösung für die Gefangenen anstreben.

Die Verantwortlichen für die Isolationsfolter an der Spitze einer Bewegung für die Forderungen der Gefangenen ...

Beiden eben beschriebenen Beispielen gemein ist, daß die Herrschenden auf das kurze Gedächtnis der Öffentlichkeit setzen.

Indem sie sich ein „Mäntelchen der Humanität" umzuhängen versuchen, hoffen sie, die jeweilige Vorgeschichte und damit die eigene Verantwortung vergessen machen zu können, sei es für die derzeitige „Normalität" rassistischer Denkweisen und die Welle rassistischer Gewalt oder sei es für Folter und Vernichtungswillen gegenüber der Linken.

Das Signal an den kritischen und besorgten Teil der Öffentlichkeit soll lauten:

„Die Probleme sind bei uns in guten Händen. Wir sorgen für die erforderlichen menschlichen und gerechten Umgehensweisen, denn wir verkörpern die Demokratie."

Und wer sich in Abgrenzung und Opposition dagegen politisch engagiert und organisiert, wer sich nicht auf die „demokratisch-rechtsstaatliche" Ebene fixieren läßt, hat ideologische Motive und nicht wirkliche Verbesserungen für die Betroffenen im Sinn.

Warum wir die Veranstaltung organisieren ...

Nach einem Jahr der Suche und Auseinandersetzung um die richtige Vorgehensweise mit der Kinkel-Initiative, nach einem Jahr voller Hoffnungen auf eine Lösung für alle politischen Gefangenen, treten wir aus folgenden Gründen mit unserer Veranstaltung an die Öffentlichkeit:

☆ Zunächst einmal sehen wir es als unsere Aufgabe, alle Interessierten über die gegenwärtige Lage der politischen Gefangenen zu informieren:

Was hat sich für die politischen Gefangenen geändert, was nicht? Wer ist rausgekommen, unter welchen Umständen, wer kam nicht raus?

☆ Wir sind uns durchaus darüber im klaren, daß es für fast alle politisch akti-

ven Menschen momentan drängendere, weil im Alltag näherliegendere Probleme gibt und daß darüber hinausreichende Kapazitäten sehr beschränkt sind.

☆ Trotzdem: Menschen wie Irmgard Möller, die seit über 20 Jahren für ihren politischen Kampf im Gefängnis festgehalten wird, oder Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Hanna Krabbe, die seit 17 Jahren im Gefängnis sind, oder Ali Jansen, der aufgrund schweren Asthmas haftunfähig ist (sein 2/3-Antrag wurde abgelehnt), müssen dringend raus. Auch all die anderen Gefangenen aus RAF und Widerstand müssen bis zu ihrer Freilassung zusammengelegt werden.

☆ Wir gehen auch davon aus, daß linke Oppositionelle, vielleicht gar wir selber oder unsere nächsten FreundInnen und GenossInnen, aus den bestehenden oder noch entstehenden politischen Kämpfen eingesperrt werden können (bzw. eingesperrt werden — siehe die Verhaftungen aus dem antifaschistischen Spektrum); daß eine Perspektive für das Überleben im Gefängnis als Mensch und politisches Subjekt immer aktuell bleiben wird ...

☆ Wir, die wir in der „Tübinger Initiative für die Zusammenlegung — jetzt" kontinuierlich zu Repression arbeiten und für die Forderungen der politischen Gefangenen eintreten, finden es in diesen Zeiten des Verwirrspiels mit Informationen und Propaganda um so wichtiger, nach Kräften für Gegeninformation zu sorgen.

☆ Außerdem sehen wir in der staatlichen Vorgehensweise, die in der Kinkel-Initiative zum Tragen kommt, eben keinen isolierten Einzelfall, sondern ein Anschauungsbeispiel, aus dem alle politischen Bewegungen Schlußfolgerungen für die eigene Arbeit ziehen können; d.h. wir wollen, so weit es uns möglich ist, unsere Erfahrungen weitergeben.

☆ Natürlich geht es uns nicht nur um eine reine Informationsveranstaltung. Es geht uns nach wie vor darum, den Forderungen der politischen Gefangenen Gewicht zu verschaffen, d.h. sie durchzusetzen.

Für die Freiheit der politischen Gefangenen, für ihre Zusammenlegung und die uneingeschränkte Diskussionsmöglichkeit mit drinnen und draußen, für die sofortige Freilassung von Ali Jansen!

Zu der Veranstaltung eingeladen haben wir mehrere ehemalige politische Gefangene. Unter anderem Bernhard Rosenkötter, Michael Dietiker, Luitgard Hornstein (ehemalige Gefangene aus dem Widerstand) sowie Gisela Dutzi und Gabi Rollnik (ehemalige Gefangene aus der RAF). Einige von ihnen sind im Rahmen der sogenannten Kinkel-Initiative entlassen worden. Sie alle waren Teil der Auseinandersetzung um die Kinkel-Initiative.

Ein Brief von Sundiata Acoli, USA

Die „500 Jahre Widerstand"-Arbeitsgruppe im Wiesbadener Infoladen schrieb aufgrund des Aufrufs im Angehörigen Info einen Solidaritätsbrief an Sundiata Acoli, politischer Gefangener in den USA, und fügte diesem Brief einen Appell für Gunther, dem Antifaschisten, der seit Anfang Januar im Knast ist, bei. „Wir dachten, es interessiert ihn bestimmt, wie es in der BRD aussieht. Total unerwartet bekamen wir dann dieses Antwortschreiben. Wir fanden es total gut und haben es auch an Gunther weitergegeben. Dem Justizminister schickten wir eine Kopie."

Grüße ..., 21. März 1993

Ich bedanke mich bei dir und den GenossInnen dort, daß Ihr den Solidaritätsbrief für mich an das Anhörungskomitee geschickt habt. Ich fand es besonders gut, weil sich das Komitee gerade mit den Tonbandaufnahmen meiner Anhörung auseinandersetzt, die schon am 22. Februar hier in Leavenworth stattfand. Dabei lesen sie auch die vielen Briefe aus den USA — und, wie den Euren, aus dem Ausland; und sie werden ihr Urteil über meine Freilassung auf Bewährung in zwei oder drei Monaten verkünden.

Ich und alle schwarzen, Dritte Welt- und fortschrittlichen Menschen hier in den USA schätzen Euren Kampf gegen das rassistische Element in Deutschland und Euren Kampf für ein Vorankommen in dieser Welt.

Anbei eine Liste von Gefangenen, die hier die Freiheit von Gunther und Eure Bewegung als ganzes unterstützen. Ehrlich gesagt, es sind viele, sehr viele noch, die Euch unterstützen, aber ich wollte diesen Brief sofort abschicken. Also bat ich einfach die meisten politischen Gefangenen hier um ihre Unterschrift und schicke ihn schnellstens an Euch zurück.

Dank an alle für Eure Solidarität, macht weiter mit dem großen Kampf, den Ihr alle dort führt. Wir werden es genauso auch hier machen.

Im Kampf — Sundiata Acoli

Unterschrieben wurde der Protestbrief an Justizminister Caesar für Gunther von: Sundiata Acoli, Robert McKnight, Clayton Morris El, Brad Lynch-Bey, Marlon Green-Bey, Melvin Hugee, Kojo Bomani Sababu, Daniel Smith, Timmothy Sayles, Jaan Karl Laaman, Leonard Peltier, John Chaif, Frank Evans, James Daniel Armstrong, Ballagoon Mogenda, Kimmy Woodward und Larry Giddings — politische Gefangene aus Fort Leavenworth, Kansas, USA.

Termine

Tübingen. 28.4., Schatterhaus der Evangelischen Studentengemeinde, Großer Saal, Informations- und Diskussionsveranstaltung zur sogenannten „Kinkel-Initiative".

Göttingen. 6.5., 20.15 Uhr, APEX, Burgstr. 46, Veranstaltung mit den ehemaligen RAF-Gefangenen Günter Sonnenberg und Gisela Dutzi sowie mit Mathias Meyers von clockwork 129a. Unter der Forderung „Freiheit für alle politischen Gefangenen, keine neuen politischen Gefangenen" wird es um den momentanen Stand der Freilassungskampagne, um Haftbedingungen sowie um Kriminalisierung des Antifa-Widerstandes gehen.

Hamburg. 12.5., 20 Uhr, Haus 3, Hospitalstr. 107, Lesung und Diskussion mit Oliver Tolmein: „Stammheim vergessen? Die deutsche Linke, Weiterstadt und die RAF."

Bochum. 26.5., 19 Uhr, große Mensa der Ruhr-Universität, Solidaritäts-Konzert unter dem Motto „Projekt Zuflucht — Damit Flüchtlinge hier bleiben können". Es spielen die Bands Chumbawamba, Dog Faced Hermans, Alloy. Eintritt: 10 DM. Die Überschüsse der Veranstaltung werden dem Projekt „Zuflucht" zugute kommen.

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: 30. 4. 1993

Impressum

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postlagerkarte 050205, 6230 Frankfurt/M. 80. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Schleswig-Holstein/Hamburg m.b.H., Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76. V.i.S.d.P.: Jeannette Hülbig. **Redaktionsanschrift und Bestellungen:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278, Fax: (040) 2297419. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, ein Halbjahresförderabonnement 39 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Konto-Nr. 1330/110055. — Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Spendenkonto der Angehörigen: Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 60050101, Kt.-Nr. 5454194.